



Geschäftsführer/Hauptverantwortlicher Deutsche Post AG

Frank Appel

D-U-N-S® Nummer: 341020188

Charles-de-Gaulle-Straße 20

[53113] Bonn

Fax: 02281827099

Fax: 0228 182-6921; Deutsche Post AG, Kundenservice Konzernleitung

u.a. Geschäftsstellen der Deutschen Post AG zur Kenntnisnahme und Beachtung!

Niederschrift

*Geltendmachung der internationalen Rechtsansprüche nach Völkervertragsrecht
-ius cogens-*

Mitteilung der administrativen Regierung des Freistaat Preußen, Staatenschlüssel 111, legitimer Rechtsnachfolger des Königreich Preußen, und somit Mitglied des Weltpostvereins:

Werter Geschäftsführer Herr Frank Appel,

die Niederschrift/Anordnung vom 21. September 2016 hat bezüglich des eingeschlossenen Schreibens vom 16. Juli 2014 noch veraltete Verweise auf Paragraphen. Deshalb erschien es zweckmäßig, diese mit der heutigen Niederschrift/Anordnung zu ersetzen.

Es ist festzustellen, daß für Kriegsgefangenenpost deklarierte Postsendungen in verbotener Eigenmacht vereinzelt Geldzahlungen gefordert werden.

Mit dieser Erpressung werden Rücksendungen nicht wieder an die adressierten Absender des Freistaat Preußen von Ihrem Personal herausgegeben!

Einzuleitende Nachforschungen verursachen uns einen erheblichen Mehraufwand, da alle abgesendeten Postsendungen auf einen gesamten Zeitabschnitt überprüft werden müssen. Deshalb wird eine Gebühr erarbeitet, welche von Ihrem Unternehmen für diesen Mehraufwand und für jeden einzelnen Vorgang rückwirkend erhoben werden muß.

In der Niederschrift/Anordnung von gestern bzw. heute wird Ihr Unternehmen und das Personal auch auf mögliche Straftaten und Mitwirkungen an Straftaten hingewiesen.

Ihr Unternehmen dürfte als Rechtsnachfolger der Deutschen Bundespost nach Maßgabe des Artikel 87f GG für die Bundesrepublik Deutschland zusätzlich mit Strafanträgen rechnen, sofern zurückgehaltene (gestohlene) Postsendungen nicht wieder herausgegeben werden, welche vom Freistaat Preußen bzw. deren Staatsangehörigen in die öffentlich aufgestellten gelben Briefkästen Ihres Unternehmens eingeworfen worden sind.

Beachten Sie bitte auch, daß Ihr Unternehmen für den Schaden, welcher mit der Verweigerung der Postzustellung durch Ihr Personal entstehen kann, haftet und schadensersatzpflichtig wird.

Mit der E-Post vom 12.07.2016 hat der Freistaat Preußen bereits grundsätzlich ein Klischee für Kriegsgefangenenpost deklarierte Postsendungen des Freistaat Preußen vorgestellt, welches auch Ihre Mitarbeiterinnen Frau Zanzinger (Zeichen 2016 / 02-8765269) und Frau Durm (Zeichen 2016 / 07-8456629) erhalten haben dürften.

Wir verweisen auf Schreiben der Deutschen Post AG, Kundenservice Konzernleitung.

gegeben zu Potsdam, am 22. September 2016

administrative Regierung Freistaat Preußen



Alte Conclia a.d.F. Pilleke
Hans Franz Delle a.d.F. Potsdam

Date & Time : 22-SEP-2016 19:51 THU
Model Name : M267x 287x Series
Machine Serial Number : ZEA5BJCG7001M6W
Host Name : SEC30CDA7AAF440

No	Name/Number	Start Time	Time	Mode	Page	Result
105	02281827099	22-09 19:48	01'56"	G3	002/002	OK



Freistaat Preußen
Auswärtiges Amt

Crinitzer Straße 19c
[15926] Fürstlich Drehna

Freistaat Preußen-Auswärtiges Amt-Crinitzer Straße 19c-[15926] Fürstlich Drehna

Offenes Schreiben

Geschäftsführer/Hauptverantwortlicher Deutsche Post AG
Frank Appel
D-U-N-S® Nummer: 341020188
Charles-de-Gaulle-Straße 20
[53113] Bonn

Fax: 02281827099
Fax: 0228 182-6921; Deutsche Post AG, Kundenservice Konzernleitung

u.a. Geschäftsstellen der Deutschen Post AG zur Kenntnisnahme und Beachtung!

Niederschrift

*Geltendmachung der internationalen Rechtsansprüche nach Völkervertragsrecht
-ius cogens-*

Mitteilung der administrativen Regierung des Freistaat Preußen, Staatenschlüssel 111, legitimer Rechtsnachfolger des Königreich Preußen, und somit Mitglied des Weltpostvereins:

Werter Geschäftsführer Herr Frank Appel,

die Niederschrift/Anordnung vom 21. September 2016 hat bezüglich des eingeschlossenen Schreibens vom 16. Juli 2014 noch veraltete Verweise auf Paragraphen. Deshalb erschien es zweckmäßig, diese mit der heutigen Niederschrift/Anordnung zu ersetzen.

Es ist festzustellen, daß für Kriegsgefangenenpost deklarierte Postsendungen in verbotener Eigenmacht vereinzelt Geldzahlungen gefordert werden.

Mit dieser Erpressung werden Rücksendungen nicht wieder an die adressierten Absender des Freistaat Preußen von Ihrem Personal herausgegeben!

Einleitende Nachforschungen verursachen uns einen erheblichen Mehraufwand, da alle abgeschickten Postsendungen auf einen gesamten Zeitabschnitt überprüft werden müssen. Deshalb wird eine Gebühr erarbeitet, welche von Ihrem Unternehmen für diesen Mehraufwand und für jeden einzelnen Vorgang rückwirkend erhoben werden muß.

Date & Time : 22-SEP-2016 19:54 THU
Model Name : M267x 287x Series
Machine Serial Number : ZEA5BJCG7001M6W
Host Name : SEC30CDA7AAF440

No	Name/Number	Start Time	Time	Mode	Page	Result
106	02281826921	22-09 19:52	01'56"	G3	002/002	OK



Freistaat Preußen
Auswärtiges Amt

Crinitzer Straße 19c
[15926] Fürstlich Drehna

Freistaat Preußen-Auswärtiges Amt-Crinitzer Straße 19c-[15926] Fürstlich Drehna

Offenes Schreiben

Geschäftsführer/Hauptverantwortlicher Deutsche Post AG
Frank Appel
D-U-N-S® Nummer: 341020188
Charles-de-Gaulle-Straße 20
[53113] Bonn

Fax: 02281827099
Fax: 0228 182-6921; Deutsche Post AG, Kundenservice Konzernleitung

u.a. Geschäftsstellen der Deutschen Post AG zur Kenntnisnahme und Beachtung!

Niederschrift

*Geltendmachung der internationalen Rechtsansprüche nach Völkervertragsrecht
-ius cogens-*

Mitteilung der administrativen Regierung des Freistaat Preußen, Staatenschlüssel 111, legitimer Rechtsnachfolger des Königreich Preußen, und somit Mitglied des Weltpostvereins:

Werter Geschäftsführer Herr Frank Appel,

die Niederschrift/Anordnung vom 21. September 2016 hat bezüglich des eingeschlossenen Schreibens vom 16. Juli 2014 noch veraltete Verweise auf Paragraphen. Deshalb erschien es zweckmäßig, diese mit der heutigen Niederschrift/Anordnung zu ersetzen.

Es ist festzustellen, daß für Kriegsgefangenenpost deklarierte Postsendungen in verbotener Eigenmacht vereinzelt Geldzahlungen gefordert werden.

Mit dieser Erpressung werden Rücksendungen nicht wieder an die adressierten Absender des Freistaat Preußen von Ihrem Personal herausgegeben!

Einzuleitende Nachforschungen verursachen uns einen erheblichen Mehraufwand, da alle abgesendeten Postsendungen auf einen gesamten Zeitabschnitt überprüft werden müssen. Deshalb wird eine Gebühr erarbeitet, welche von Ihrem Unternehmen für diesen Mehraufwand und für jeden einzelnen Vorgang rückwirkend erhoben werden muß.